

05.02.2026

## Kleine Anfrage 7142

der Abgeordneten Nina Andrieshen, Inge Blask und Anja Butschkau SPD

### **Jüngste Berichterstattung rund um Menschenhändlernetzwerk: Schutz und Versorgung der betroffenen Frauen**

Nach Berichterstattung verschiedener Medien wurde im Januar 2026 in Nordrhein-Westfalen ein mutmaßliches Schleuser- und Menschenhändlernetzwerk verfolgt; mehrere Tatverdächtige wurden festgenommen. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wurden mehrere betroffene Frauen identifiziert, die im Kontext von Menschenhandel und Zwangsprostitution stehen sollen.

Dabei unterscheidet sich die Berichterstattung mit Blick auf den Zwangscharakter deutlich.<sup>1</sup> Diese Unschärfe berührt den Kern staatlicher Schutzpflichten: Ob eine freie Entscheidung vorliegt oder ob (direkter oder struktureller) Zwang, Abhängigkeit, Schuldknechtschaft, Drohungen, Gewalt, Dokumentenentzug oder andere Druckmittel eingesetzt wurden, hat unmittelbare Bedeutung für die strafrechtliche Einordnung, vor allem aber auch für die Schutzbedarfe der Betroffenen als Opfer von Menschenhandel sowie für die Frage, welche Schutz- und Unterstützungsleistungen greifen müssen.

Ebenso zentral ist die Frage, wie in solchen Verfahren sichergestellt wird, dass Minderjährigkeit ausgeschlossen oder festgestellt werden kann. Gerade im Umfeld grenzüberschreitender Ausbeutung sind Dokumente nicht selten unvollständig, entzogen oder gefälscht; zugleich bestehen hohe Risiken, dass Minderjährige betroffen sein könnten, ohne sich unmittelbar zu erkennen zu geben – etwa aus Angst, Abhängigkeit oder wegen Sprachbarrieren.

Zudem schließen sich zwingend aufenthaltsrechtliche Fragen an: Für Betroffene kann die Kooperation mit Strafverfolgungsbehörden – ebenso wie der Zugang zu Schutzunterkünften, medizinischer Versorgung, psychosozialer Betreuung und Rechtsberatung – faktisch davon abhängen, ob sie nicht zugleich Abschiebung, Inhaftierung oder andere aufenthaltsrechtliche

---

<sup>1</sup> WDR (23.01.2026): Frauen illegal zur Prostitution nach NRW gebracht: Vier Festnahmen (Link: <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/schleuser-sexarbeit-razzia-festnahme-nrw-100.html>), letzter Zugriff: 30.01.2025); Bild (22.01.2026): Vier Männer in NRW festgenommen. Schlag gegen chinesische Schleuser-Mafia. Es geht um Prostitution in Massagesalons (Link: [https://www.bild.de/regional/nordrhein-westfalen/wuppertal-schlag-gegen-schleusermafia-in-nrw-vier-maenner-festgenommen-697218a7568b91954b0eb513?t\\_ref=https%3A%2F%2Fm.bild.de%2Fregional%2Fnordrhein-westfalen%2Fwuppertal-schlag-gegen-schleusermafia-in-nrw-vier-maenner-festgenommen-697218a7568b91954b0eb513%3Ft\\_ref%3Dhttps%253A%252F%252Fwww.google.com%252F](https://www.bild.de/regional/nordrhein-westfalen/wuppertal-schlag-gegen-schleusermafia-in-nrw-vier-maenner-festgenommen-697218a7568b91954b0eb513?t_ref=https%3A%2F%2Fm.bild.de%2Fregional%2Fnordrhein-westfalen%2Fwuppertal-schlag-gegen-schleusermafia-in-nrw-vier-maenner-festgenommen-697218a7568b91954b0eb513%3Ft_ref%3Dhttps%253A%252F%252Fwww.google.com%252F)), letzter Zugriff: 30.01.2025).

Nachteile befürchten müssen. Hier ist eine klare, opferzentrierte Praxis erforderlich, die sowohl strafprozessuale Erfordernisse als auch den Opferschutz zuverlässig gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu den Tatvorwürfen (Art und Umfang) vor, insbesondere dazu, ob Ermittlungen wegen Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und/oder wegen Zwangsprostitution geführt werden?
2. Welche konkreten Maßnahmen wurden gegenüber den identifizierten Betroffenen ergriffen, insbesondere in Bezug auf die Unterbringung, medizinische Versorgung, psychosoziale Betreuung, Sprachmittlung und unabhängige Rechtsberatung, um ihren Schutz bzw. ihre Versorgung kurzfristig sicherzustellen?
3. Welche Maßnahmen – Verfahren, Standards und Instrumente – zur Altersklärung werden angewandt, um eine etwaige Minderjährigkeit der Betroffenen auszuschließen bzw. festzustellen?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Ermittlung bzw. Sicherstellung der – mittel- und langfristigen – Schutzbedarfe der Betroffenen, einschließlich aufenthaltsrechtlicher Schutzinstrumente, vor?
5. Welche aufenthaltsrechtlichen Prüfungen bzw. Entscheidungen schließen sich für die Betroffenen typischerweise an? (bitte aufschlüsseln nach Staatsbürgerschaft und Alter)

Nina Andrieshen  
Inge Blask  
Anja Butschkau